



## Politisches Programm

DER JUNGEN EUROPÄISCHEN FÖDERALISTEN DEUTSCHLAND E.V.

Beschlossen auf dem 59. Bundeskongress am 11. November 2012 in Saarbrücken.  
Zuletzt aktualisiert auf dem 64. Bundeskongress am 14. Oktober 2017 in Bremen.

### Inhaltsverzeichnis

1. Grundsätze und Ziele [Kurzfassung].....	2
2. Die Rolle der JEF im europäischen Einigungsprozess .....	3
3. Warum wir die Vereinigten Staaten von Europa brauchen .....	4
4. Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa.....	7
4.1. Werte, Grundrechte und Staatsstrukturprinzipien und Europäische Staatsbürgerschaft.....	7
4.2. Politisches System .....	8
4.3. Kompetenzkatalog .....	9
4.4. Parlament .....	10
4.5. Regierung.....	11
4.6. Staatenvertretung .....	11
4.7. Rechtsprechung / Gerichtsbarkeit .....	11
5. Politik der Vereinigten Staaten von Europa.....	12
5.1. Bildung und Ausbildung.....	12
5.2. Wirtschaft und Währung.....	12
5.3. Haushalt und Steuern .....	13
5.4. Arbeit und Soziales.....	13
5.5. Energie- und Umweltpolitik.....	13
5.6. Außen- und Sicherheitspolitik .....	13
5.7. Nachbarschaftspolitik.....	14
5.8. Asyl und Migration .....	14
6. Zivilgesellschaft.....	15
6.1. In Vielfalt geeint – oder was die EU zusammenhält.....	15
6.2. Bürgerschaftliches Engagement.....	15
6.3. Sprache.....	16
7. Föderalismus und Europa in der Welt .....	16
7.1. Erweiterung.....	16
7.2. Weltföderalismus.....	17
7.3. Demokratisierung .....	17
7.4. Rechtsstaatlichkeit .....	18

## 5 1. Grundsätze und Ziele [Kurzfassung]

Europa ohne Grenzen - demokratisch, transparent und verständlich aufgebaut, das ist das Ziel der Jungen Europäischen Föderalisten seit 1949. Wir fordern die Vollendung des Europäischen Friedensprojekts als **Vereinigte Staaten von Europa**, die wir in diesem Programm beschreiben werden. Denn wir können nicht damit zufrieden sein, dass immer noch viele richtungsweisende politische Entscheidungen nicht im öffentlich tagenden Europäischen Parlament, sondern hinter verschlossenen Türen durch Vertreter\*innen der Regierungen der Nationalstaaten getroffen werden (Intergouvernementalismus). Wir wollen, dass die Bürger\*innen Europas ihre Zukunft selbst in die Hand nehmen können und in den Europawahlen wirkliche politische Richtungsentscheidungen getroffen werden können.

**Demokratie** in den Vereinigten Staaten von Europa bedeutet für die JEF, eine echte Auswahl zu haben: zwischen verschiedenen Listen europäischer Parteien (transnationale Listen) mit europäischen Spitzenkandidaten\*innen für die Führung der Regierung und gesamteuropäischen Wahlprogrammen. Zur europäischen Demokratie gehören partizipative Elemente (eine Europäische Bürgerinitiative).

Die Parteien, die aus den Europawahlen als Sieger hervorgehen, beschließen im Parlament über Einnahmen, Ausgaben, europäische Gesetze und wählen die Regierung. Die Bürger\*innen wählen mehr nach Sachargumenten und weniger nach jeweiligen nationalen Hintergründen. Politische Entscheidungsträger\*innen können klar identifiziert und abgewählt werden. Gesetzgebungsverfahren ohne Beteiligung von Parlamenten soll es in der Zukunft nicht mehr geben.

**Föderalismus** ist für die JEF das Prinzip, Macht zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen aufzuteilen („vertikale Gewaltenteilung“) und dafür faire Regeln zu bestimmen. Die Europäische Einigung begann mit dem Teilen der Kontrolle über die Macht- und Kriegsmittel Kohle und Stahl und brachte uns Frieden.

Heute fordern wir die Teilung der Souveränität zwischen Union, Staaten und anderen Politikebenen. Die Institutionen und grundlegenden Regeln der Union sollen in einer kurzen und verständlichen **Verfassung** festgehalten werden. Diese soll die rechtliche Grundlage bilden, um Grundwerte auch in Zeiten der Globalisierung zu schützen. Wir wollen eine Verfassung, die nach dem Prinzip der Subsidiarität die Zuständigkeiten so verteilt, dass Probleme auf der Ebene gelöst werden, auf der diese am sinn- und wirkungsvollsten gelöst werden können. So wäre zum Beispiel die Außenpolitik Zuständigkeit der Union, Bildungspolitik streng nach Subsidiaritätsgesichtspunkten auf der jeweiligen, auch regionalen Ebene anzusiedeln. Die Teilung der Macht muss so angelegt sein, dass Rechtsstaatlichkeit gesichert wird. Die Verfassung garantiert den Schutz von Grund- und Menschenrechten.

**Wohlstand und freie Entfaltung** für alle Bürger\*innen können auf Dauer nur die Vereinigten Staaten von Europa ermöglichen. Denn nur diese ermöglichen demokratische Entscheidungen auf europäischer Ebene, mit denen zum Beispiel Märkten wirksam Regeln gesetzt werden können. Politische Handlungsbedarfe

entziehen sich teilweise nationaler Gestaltungsmacht, deswegen müssen diese Probleme supranational geregelt werden. Hierfür sind die Vereinigten Staaten von Europa für uns die beste demokratische Alternative.

50 Die Union muss den Staaten einen verbindlichen Rahmen in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik setzen. Sie erfüllt ihre Aufgaben mit den Einnahmen aus eigenen Steuern. Der immer engere europäische Binnenmarkt hat der Union großen Wohlstand gebracht und gegenseitige Abhängigkeit. Deshalb ist die Angleichung der Lebensverhältnisse in der Union die notwendige Bedingung für ihren Bestand. Zum Ziel  
55 gleichwertiger Lebensverhältnisse müssen ökonomisch stärkere und schwächere Staaten nach ihren Möglichkeiten beitragen.

Die Vereinigten Staaten von Europa sprechen mit einer Stimme. Das erlaubt ihnen wirksamer, politische Interessen zu vertreten und ihrer Verantwortung in der Welt gerechter zu werden.

60 Sie setzen sich nach Außen für Frieden, nachhaltiges politisches Handeln und den Schutz und die Verbreitung ihrer Grundwerte ein.

**Weltföderalismus:** Die Welt erlebt gerade eine Neuverteilung der Macht mit viel neuer Ungerechtigkeit, Risiken, aber auch neuen Chancen für Millionen Menschen. Im Föderalismus sehen wir das beste Rezept, um Machtausübung zivilen Regeln zu unterwerfen und Kriege zu verhindern. Europa hat aus seiner Geschichte gelernt; die  
65 Vereinigten Staaten von Europa können Inspiration und Vorbild für weitere regionale Integrationsprojekte sein und auch auf globaler Ebene dabei helfen, zivilisierte und faire Antworten auf globale Probleme zu finden.

## 2. Die Rolle der JEF im europäischen Einigungsprozess

70 Wir Junge Europäische Föderalisten verstehen uns als **Botschafter\*innen der europäischen Idee** und fördern seit 1949 die Verbreitung des europäischen Bewusstseins in der Gesellschaft und insbesondere unter jungen Menschen.

Als politische, überparteiliche und überkonfessionelle Jugendorganisation versuchen wir, dem Integrationsprozess fortwährend neue Impulse zu geben und Konzepte für die Zukunft zu entwickeln. Nach dem Motto „a generation ahead“ haben wir immer wieder  
75 Ideen entwickelt, die später realisiert wurden. So forderten Vertreter\*innen der JEF schon in den 50er Jahren, den Wegfall innereuropäischer Grenzen und eine europäische Währung.

Die Europäische Einigung hat uns Frieden und Wohlstand gebracht. Sie ermöglicht es politische Antworten auf Probleme zu finden, die im nationalen Kontext nicht (mehr) zu  
80 lösen sind. Als kritische Begleiter\*innen des Einigungsprozesses sehen wir allerdings auch Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt. Es entspricht unserem Selbstverständnis solche Fehlentwicklungen klar zu benennen und dort wo nötig Korrekturen zu fordern. Wir wollen keine unkritischen „Jubeleuropäer\*innen“ sein,

85 sondern durch konstruktive Kritik dazu beitragen, ein demokratisches und föderales Europa zu schaffen.

Wir verfolgen unsere Ziele durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, inhaltliche Debatten in Workshops, auf Seminaren, Bildungsreisen und Jugendbegegnungen und auch in Gremiensitzungen, in denen wir unsere Positionen festlegen und Arbeitsprogramme bestimmen, sowie durch Veröffentlichungen.

90 Als gut vernetzter Verband nutzen wir unsere Kontakte zu politischen Organisationen und anderen Jugendverbänden, um für die Idee eines geeinten Europas zu werben und insbesondere auch Multiplikatoren\*innen für unsere Ideen zu gewinnen und auszubilden. Als personell, finanziell und rechtlich unabhängige Jugendorganisation der **Europa-Union Deutschland** arbeiten wir eng mit dieser zur Erreichung unserer  
95 Ziele zusammen.

Als proeuropäischer Jugendverband sind wir nicht nur vor Ort, in den Regionen und auf Bundesebene organisiert, sondern europaweit vertreten. Unser europäischer Dachverband, die **JEF Europa** hat Mitgliedssektionen auch jenseits der Europäischen Union. Über die JEF Europa sind wir ferner Mitglied des World Federalist Movement.

100 Unsere Verbandsstruktur ist föderal gegliedert und folgt dem Subsidiaritätsprinzip. Die Aktivitäten in den verschiedenen Kreis- und Landesverbänden, aber auch in den anderen nationalen Sektionen unterscheiden sich teilweise erheblich, da die Schwerpunktsetzung durch die Interessen und Prioritäten der Mitglieder der einzelnen Gliederungen bestimmt wird. Dies führt dazu, dass wir einen sehr vielfältigen Verband  
105 haben, der durch gemeinsame Grundsätze und Zielvorstellungen geeint ist, bezüglich der Aktivitäten jedoch unterschiedliche Ausdrucksformen und zahlreiche Möglichkeiten zur Beteiligung sowie ein breites Netzwerk bietet.

Die JEF zeichnen sich durch eine freundschaftliche *politische Streitkultur* aus, die von Respekt und gegenseitiger Achtung geprägt ist. Wir bringen junge Menschen mit sehr  
110 unterschiedlichen Ansichten und Weltanschauungen zusammen, die in einzelnen Sachfragen oft unterschiedliche Vorstellungen haben, aber in ihren Grundüberzeugungen geeint sind. Kontroverse Diskussionen sind bei uns kein Tabu.

Wir Junge Europäische Föderalisten leben eine politische Kultur, die wir auch im Großen schätzen: „In Vielfalt geeint“ – bei allen Unterschieden wissen wir stets, was  
115 uns verbindet. Platte Feindbilder zwischen verschiedenen politischen Lagern haben bei uns keine Chance. Wir glauben, dass wir eine vorbildliche politische Kultur pflegen und hoffen, dass diese Schule macht. – Nicht nur bei der Errichtung unseres Europas.

### **3. Warum wir die Vereinigten Staaten von Europa brauchen**

#### **Für ein handlungsfähiges Europa**

120 Die Nationalstaaten stoßen insbesondere vor dem Hintergrund der voranschreitenden Globalisierung in vielen Bereichen an die Grenzen ihres politischen

Gestaltungsspielraums. Viele Herausforderungen unserer Zeit wie die Regulierung von Unternehmen und Finanzmärkten, die Nutzung der Chancen der Digitalisierung, der Datenschutz oder die Aufnahme von Flüchtlingen lassen sich nicht mehr sinnvoll auf nationaler Ebene, sondern nur noch gemeinsam auf europäischer Ebene lösen. Besonders augenfällig ist dies im Bereich der Außenpolitik: Angesichts des Entstehens einer multipolaren Weltordnung mit neuen Mächten wie Indien und China sind selbst große EU-Mitgliedsstaaten zu klein, um ihre Interessen in der internationalen Politik erfolgreich vertreten und weltpolitisch Verantwortung übernehmen zu können. Manche Herausforderungen wie z.B. die Bekämpfung des Klimawandels lassen sich sogar nur global lösen. Gerade in diesen Fragen ist es entscheidend, dass Europa mit einer Stimme spricht. Diese Beispiele verdeutlichen: Gemeinsame Herausforderungen bedürfen gemeinsamer Lösungen. Diese Formel macht für uns Föderalisten auch den Wesenskern des Föderalismus aus. Die Europäische Union jedoch verfügt in ihrer derzeitigen Struktur nicht über die notwendigen Kompetenzen, um diese Herausforderungen meistern zu können.

Dass Teile der Bevölkerung der EU kritisch oder sogar ablehnend gegenüberstehen, liegt auch darin begründet, dass die EU in den vergangenen Jahren oft nicht in der Lage war, auf Krisen und politische Entwicklungen schnell und entschlossen zu reagieren und deren Ursachen zu begegnen. Die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise beispielsweise hat Europa in besonderem Maße getroffen und damit schmerzhaft deutlich gemacht, dass **zwischenstaatliche Lösungen Krisen nur verzögern anstatt sie zu bewältigen**. Wir fordern einen europäischen Bundesstaat, damit Europa handlungsfähig wird. Um den Stillstand in der EU zu überwinden, müssen wir die europäische Ebene mit jenen Kompetenzen ausstatten, die sie braucht, um handlungsfähig zu sein.

### Für eine europäische Demokratie

Viele EU-Bürger haben das Gefühl, dass sie auf die Entscheidungen, die auf europäischer Ebene getroffen werden, keinen Einfluss haben; ja, dass sie noch nicht einmal die grundlegende Richtung der europäischen Politik mitbestimmen können. Auch das Europäische Parlament als Vertretung der Bürger\*innen lässt eine solche Politisierung vermissen, die unterschiedliche politische Konzepte deutlich werden ließe und erkennbar machen würde, welche Politiker\*innen und Parteien für welche Politik verantwortlich sind. Dem Institutionengefüge der EU mangelt es an dem für Demokratien so wichtigen **Wechselspiel aus Regierung und Opposition**. Es fehlt an einer europäischen Regierung, die die politische Richtung vorgibt und die ihre Legitimation aus einer bei der Parlamentswahl errungenen Mehrheit der Stimmen der Bürger\*innen schöpft. Es fehlt an einer ihr gegenüberstehenden Opposition, die die Arbeit der Regierung kritisch begleitet, Alternativen aufzeigt und Missstände anprangert.

Dass die Leitlinien der europäischen Politik nicht von einer vom Europäischen Parlament gewählten europäischen Regierung, sondern vom Europäischen Rat bestimmt werden, ist Ausdruck eines Demokratiedefizits der Europäischen Union.

165 Dass die Stärkung der **demokratischen Legitimation** europäischer Politik dringend  
notwendig ist, zeigt ein weiteres, gravierendes Problem: Aufgrund der dominanten  
Rolle, die die nationalen Regierungen und insbesondere die Staats- und  
Regierungschefs derzeit bei Entscheidungen spielen, bestimmen die Politiker eines  
Landes maßgeblich die Politik anderer Länder mit. Dieser Einfluss reicht bis hin zu  
170 haushaltspolitischen Fragen und grundlegenden politischen Richtungsentscheidungen.  
Das aber bedeutet, dass Bürger von Entscheidungen von Politikern betroffen sind, an  
deren Wahl sie nicht beteiligt gewesen sind.

Mit besonderer Sorge beobachten wir als JEF, dass die Macht der Regierungen in Folge  
der Wirtschafts- und Finanzkrise stetig gewachsen ist und mehr und mehr  
175 weitreichende Entscheidungen auf **intergouvernementaler Ebene** getroffen werden –  
teilweise sogar außerhalb der Institutionen der EU. Damit entzieht sich die europäische  
Politik in zunehmendem Maße der parlamentarischen Kontrolle. Der Europäische Rat  
hat sich vom Wegbereiter zum Wegbeschreiber entwickelt, lässt aber politischen  
Reformwillen vermissen. Durch diese schleichende Kompetenzverschiebung von  
180 Parlamenten zu Regierungen wächst das europäische Demokratiedefizit weiter. Das  
Europäische Parlament wird umgangen, die nationalen Parlamente werden vor  
vollendete Tatsachen gestellt. Ziel muss es daher sein, Entscheidungen dieser Art in  
die Hände transnationaler, demokratisch legitimerter und dem europäischen  
Gemeinwohl verpflichteter Institutionen zu legen.

185 Mit der unzureichenden Handlungsfähigkeit einerseits und dem Demokratiedefizit  
andererseits weist die Europäische Union zwei grundlegende Mängel auf, die den  
Fortbestand der EU gefährden, da auf der einen Seite Probleme nicht gelöst werden  
können und auf der anderen Seite ein Vertrauensverlust bei den Bürgern entsteht.  
Deshalb gilt es, diese Mängel durch eine **grundlegende Neuordnung der Strukturen**  
190 hin zu handlungsfähigen und demokratischen **Vereinigten Staaten von Europa** zu  
überwinden. Dabei sind beide Punkte eng miteinander verknüpft: Ein Mehr an Europa  
setzt zugleich auch ein Mehr an Demokratie und Transparenz voraus. Wir fordern einen  
europäischen Bundesstaat, damit aus einem Zusammenschluss von Staaten eine  
supranationale europäische Demokratie wird.

195 Im Zentrum des politischen Systems der EU steht – statt einer europäischen Regierung,  
die durch eine Opposition kontrolliert wird – der Europäische Rat der Staats- und  
Regierungschefs, welcher keiner parlamentarischen Kontrolle durch ein Organ der EU  
unterliegt.

### Für einen gesamteuropäischen Diskurs

200 Aufgrund der starken Rolle des Europäischen Rates und der schwachen Politisierung  
des Europäischen Parlaments gibt es für die **Medien** kaum Anknüpfungspunkte für die  
Berichterstattung über die Arbeit des Parlaments, kaum kontroverse Themen, die man  
aufgreifen könnte. Es fehlt an Personen aus Kommission und Parlament, die Kraft ihrer  
Position über maßgeblichen Einfluss verfügen und an denen sich unterschiedliche  
politische Vorstellungen festmachen ließen. Erst durch Politiker aber, die abstrakte  
205 Politik transportieren, wird diese für die Bürger\*innen greifbar.

Dieser Mangel führt zwangsläufig dazu, dass der Fokus der Berichterstattung in erster Linie auf dem Europäischen Rat und damit nicht auf unterschiedlichen politischen Konzepten, sondern auf nationalen Gegensätzen liegt. Dieser Blickwinkel jedoch suggeriert, Nationalstaaten seien monolithische Blöcke, verschleiert die eigentliche  
210 Natur von politischen Entscheidungen und schadet damit dem europäischen Geist. Es ist also die Struktur des politischen Systems, die die Form des öffentlichen Diskurses bestimmt und damit die Entstehung einer **europäischen Öffentlichkeit** verhindert. Wir fordern die Vereinigten Staaten von Europa, damit wir europaweit gemeinsam darüber diskutieren, welche Wege wir politisch einschlagen wollen.

## 215 **Für eine Vollendung des europäischen Projekts**

Die Weiterentwicklung der EU zu den Vereinigten Staaten von Europa ist die logische Fortsetzung der bisherigen historischen Entwicklung der europäischen Integration. Die **Vernetzung** Europas nimmt in gesellschaftlicher sowie wirtschaftlicher Hinsicht immer weiter zu. Was heute in einem Mitgliedsland entschieden wird, hat demnach immer  
220 auch Auswirkungen auf die Bürger\*innen und andere Mitgliedsländer. Darüber hinaus nimmt auch die wechselseitige Abhängigkeit zwischen verschiedenen Politikbereichen, für die derzeit häufig mal die Mitgliedschaften, mal die EU zuständig sind, immer weiter zu. Nur die Vereinigten Staaten von Europa mit starken wirtschaftspolitischen Kompetenzen erlauben es, die vielfältigen Abhängigkeiten bei der Ausgestaltung von  
225 Politik zu berücksichtigen, und das historische Projekt eines europäischen Binnenmarktes zu vollenden.

Auf diese Weise können auch die historisch bedingten **ökonomischen und sozialen Ungleichheiten** verringert werden – etwas, was die bloße Existenz eines europäischen Binnenmarktes nicht zu erreichen vermochte.

230 Die Schaffung eines europäischen Bundesstaates, in dem die Teilstaaten nach dem Prinzip der Subsidiarität weiterhin über eigene Kompetenzen verfügen, erlaubt es, Handlungsfähigkeit nach innen und außen, demokratische Strukturen und einen gemeinsamen Diskursraum, die Wahrung europäischer Vielfalt und einen effektiven Schutz von Minderheiten auf Basis gemeinsamer Werte miteinander zu verbinden. Wir  
235 fordern die Vereinigten Staaten von Europa, um das historische Projekt der europäischen Einigung zu vollenden.

## **4. Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa**

Die Vereinigten Staaten von Europa brauchen eine **prägnante und verständliche Verfassung**, die die Bürger\*innen in ihren Grundrechten schützt, die Institutionen des  
240 europäischen Bundesstaates sowie deren jeweilige Kompetenzen definiert, Verfahrenswege beschreibt und die Zuständigkeiten innerhalb des föderalen Systems regelt. Diese Verfassung soll in einem **öffentlichen Konvent** mit breiter Beteiligung der Zivilgesellschaft erarbeitet werden.

### 245 **4.1. Werte, Grundrechte und Staatsstrukturprinzipien und Europäische Staatsbürgerschaft**

250 Kern der europäischen Idee sind für uns Junge Europäische Föderalisten die Würde des Menschen, Freiheit, Gleichheit und Solidarität sowie die föderalistischen Ideale des Friedens und der Kooperation. Diese **gemeinsamen Werte** sind es, die alle Bürger\*innen der Vereinigten Staaten von Europa unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer Weltanschauung zu einer Gemeinschaft verbinden. Einer Gemeinschaft, die sich durch Vielfalt, Pluralismus und Toleranz auszeichnet und die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Sozialstaatlichkeit, des Föderalismus, der Subsidiarität und der Trennung von Kirche und Staat beruht.

255 Die Verfassung der Vereinigten Staaten von Europa muss diesem europäischen Geist Ausdruck verleihen, indem sie diese Grundsätze als **Staatsstrukturprinzipien** festschreibt und die sich aus den europäischen Werten ergebenden **Grundrechte**, verbindlich schützt. Grundlage für den Katalog der Menschen- und Bürgerrechte muss unserer Auffassung nach die Charta der Grundrechte der Europäischen Union sein.

260 Wir fordern, dass die Verfassung dabei so ausgestaltet wird, dass die Grundrechte und Staatsstrukturprinzipien alle staatlichen Ebenen - von der europäischen bis hinunter zur kommunalen Ebene - in ihrer Gesetzgebung und ihrem Handeln binden. Jede\*r Bürger\*in der Vereinigten Staaten von Europa muss die Möglichkeit haben, seine durch die Verfassung garantierten Rechte sowie die Einhaltung der Staatsstrukturprinzipien vor Gericht einzuklagen. Die Bürger\*innen besitzen damit die **Staatsbürgerschaft der**  
265 **Vereinigten Staaten von Europa.**

Im Sinne der europäischen Staatsbürgerschaft fordern wir für die Bürger\*innen das aktive und passive Wahlrecht bei den Wahlen zu den Parlamenten und übrigen Organen aller Gebietskörperschaften (z.B. Kommune, Region, Gliedstaat), in denen sich ihr Hauptwohnsitz befindet. Die Bürger\*innen müssen die Möglichkeit haben, sich an den Wahlen aller Organe zu beteiligen, von deren Entscheidungen sie betroffen sind.

## 4.2. Politisches System

275 Demokratie muss von den Bürger\*innen in Wahlen und anderen Partizipationsformen, zum Beispiel der Mitwirkung in Parteien und Organisationen der demokratischen Zivilgesellschaft, gelebt werden. Damit diese Möglichkeit zur **Partizipation** nicht nur auf dem Papier sondern auch in der Praxis besteht, müssen die Bürger\*innen den Aufbau des politischen Systems mit vertretbarem Aufwand überblicken und Entscheidungswege nachvollziehen können. Institutionen und Strukturen der Vereinigten Staaten von Europa müssen daher klar und übersichtlich ausgestaltet und die Verantwortlichkeiten der einzelnen Organe eindeutig voneinander abgegrenzt sein.

280 Nur wenn dies gegeben ist, wird es den Bürger\*innen möglich sein, politische Verantwortung im System eindeutig zu verorten und bei Wahlen klare politische Richtungsentscheidungen zu treffen, die sich an seiner Zustimmung zu den zur Wahl stehenden Personen und Konzepten der europäischen Politik bzw. deren Ablehnung orientieren. **Transparenz und Verständlichkeit** des politischen Systems und der politischen Prozesse sind die Voraussetzung dafür, dass sich möglichst viele

285 Bürger\*innen am politischen Geschehen der Vereinigten Staaten von Europa beteiligen. Erst diese Möglichkeit zur Partizipation ist es, die das politische System

demokratisch legitimiert, zu seiner Akzeptanz in der Bevölkerung führt und dafür sorgt, dass sich die Menschen als Bürger\*innen der Vereinigten Staaten von Europa fühlen.

290 Das Parlament trägt die **Regierung** der Vereinigten Staaten von Europa, die die Richtlinien der europäischen Politik bestimmt. Sie übernimmt damit die Rolle des Europäischen Rates, der in unserer Vision für das politische System der Vereinigten Staaten von Europa nicht mehr vorgesehen ist.

295 Parlamentarische Entscheidungswege sollen durch **direktdemokratische Instrumente** ergänzt werden. Die Bürger\*innen müssen die Gelegenheit erhalten, drängende politische Themen mittels eines Bürgerbegehrens auf die Agenda der Institutionen zu setzen. Die Hürden dafür dürfen keinen zu restriktiven Charakter haben. Volksentscheide auf europäischer Ebene durch Bürgerinnen und Bürger sehen wir kritisch, da sie in der Regel nur durch größere und gut organisierte Organisationen zu  
300 initiieren und durchzuführen sind und somit insbesondere partikularen Interessen zur Geltung verhelfen können. Die JEF bekennt sich klar zu einem repräsentativen parlamentarischen System.

Das übliche **Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt Stellungnahmen** von Zivilgesellschaft, Sozialpartnern und einzelnen Bürgern\*innen.

### 305 **4.3. Kompetenzkatalog**

Die Verfassung enthält einen Kompetenzkatalog, der die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen der Bundesebene und den Gliedstaaten im Sinne der **vertikalen Gewaltenteilung** als Souveränitätsteilung regelt. Die Verteilung der Kompetenzen muss dabei dem **Subsidiaritätsprinzip** folgen, nach dem Kompetenzen  
310 auf jener Ebene angesiedelt werden sollten, auf der die ihnen entsprechenden politischen Herausforderungen am besten gelöst werden können. Die Verfassung kann – einschließlich des Kompetenzkatalogs – durch ein Bundesgesetz geändert werden, dem sowohl das Parlament als auch die Staatenkammer mit qualifizierter Mehrheit zustimmen müssen. Damit liegt die so genannte **Kompetenz-Kompetenz**, d.h. die  
315 Befugnis darüber zu entscheiden, ob eine bestimmte Zuständigkeit dem europäischen Bundesstaat oder den Nationalstaaten zukommen soll, auf der europäischen, föderalen Ebene.

Die Vereinigten Staaten von Europa als Bundesebene müssen, wie jede andere politische Ebene, mit den **notwendigen finanziellen Mitteln** ausgestattet werden um  
320 ihre Aufgaben erfüllen zu können. Dazu zählt ausdrücklich auch die Möglichkeit zur Verhängung von spürbaren Sanktionen gegenüber den Mitgliedstaaten.

Langfristig soll die völkerrechtliche Souveränität der europäischen Nationalstaaten überwunden werden, so dass einzelne Gliedstaaten nicht mehr als souveräne Staaten international agieren.

325 Als Diskussionsanreiz, und um zu einer knappen und verständlichen Liste der Unionskompetenzen zu kommen, schlägt die JEF diese Liste vor:

### Exklusive Unionskompetenz:

- Auswärtiges, Grenzschutz und Entwicklungshilfe
- Verteidigung, Interventionen im Rahmen kollektiver Sicherheitssysteme
- 330 • Handel in Gütern, Dienstleistungen und Kapital, Zoll
- Währung, Leitzins
- Wettbewerb, Finanzmarkt und Verbraucherschutz
- Bestimmte Steuern, die stark integrierte Sachverhalte betreffen
- Umwelt und, soweit grenzüberschreitend, Energie
- 335 • Transeuropäische Netze für Verkehr, Energie und Information
- Annäherung der Lebensverhältnisse
- Migration, Asyl, Passwesen

### Unionsrahmen für staatliche Politik:

- Steuern und Haushalte der Staaten
- 340 • Soziales und Arbeitsmarkt
- Bildung und Mobilitätsförderung

## 4.4. Parlament

Das **Parlament** wird als direkt gewählte Vertretung der Bürger\*innen das Zentrum des politischen Systems der Vereinigten Staaten von Europa. Mit einem eigenen

345 Initiativrecht (bisher: nur durch die Kommission) beschließt es gleichberechtigt mit der Staatenvertretung über Einnahmen, Ausgaben und europäische Gesetze (bisher „Verordnungen“, die unmittelbar geltenden europäischen Gesetze) und Rahmengesetze (bisher „Richtlinien“, dort setzt die Union Ziele, sie gelten erst nach Übertragung in Gesetze der Staaten, die Form und Mittel regeln) und ratifiziert

350 internationale Verträge.

Die Grundlagen der Politik der Vereinigten Staaten von Europa bestimmen die Bürger\*innen in **Europawahlen**. Die Parteien stellen dabei transnationale Listen mit Spitzenkandidaten\*innen für die Führung der europäischen Regierungsgeschäfte und europäische Programme zur Wahl. Parteien und Spitzenkandidaten\*innen führen einen europaweiten Wahlkampf und stellen sich dem Diskurs der europäischen Öffentlichkeit.

355 Ein einheitliches Wahlrecht findet einen Ausgleich zwischen der Wahl über **transnationale Listen** und über **Direktwahlkreise**, die dort, wo möglich, auch länderübergreifend gebildet werden sollen. Bei der Festlegung der Direktwahlkreise sollen die Unterschiede im Verhältnis von Bürger\*in pro Abgeordnetem\*r zwischen den

360 einzelnen Ländern verringert werden. Die Kombination aus transnationalen Listen und Direktwahlkreisen tritt im politischen System der Vereinigten Staaten von Europa an die Stelle der derzeit in der Europäischen Union existierenden nationalen Abgeordneten\*innenkontingente.

Dieses parlamentarische System ist am besten geeignet, um die reiche Vielfalt Europas abzubilden und politische Debatten regelmäßig in jeden Winkel des Europäischen

365

Bundesstaates zu tragen. Denn die Parteien im Europäischen Parlament haben ihre positive Wirkung vor allem seit der Einführung der Direktwahl 1979 bewiesen, indem sie die Debatte um europäische Politik **entlang inhaltlicher Grundüberzeugungen statt nationaler Herkunft** führen.

#### 370 **4.5. Regierung**

Das Parlament wählt mit der Mehrheit seiner Mitglieder, die sich in der Regel auf jene Fraktion bzw. Koalition stützt, die beabsichtigt, die Regierung zu bilden, den\*r Regierungschef\*in (bisher: Bestätigung eines Vorschlages der Staats- und Regierungschefs\*innen). Auf diese Weise entscheiden die Europawahlen, wer regiert und wer abgewählt wird (statt bisher: Personalentscheidungen von Regierungen dominiert, das Parlament kann nur die Kommission als Ganzes bestätigen oder ablehnen). Die Regierung erhält so auch die nötige Unabhängigkeit von den Interessen einzelner Staaten, um im gesamteuropäischen Interesse handeln zu können.

375  
380 Der\*die Chef\*in der Regierung ernennt mit Zustimmung des Parlaments die übrigen Minister\*innen seiner Regierung. Die Zahl der Minister\*innen orientiert sich dabei nicht an der Zahl der Mitgliedstaaten, sondern an den sachlichen Erfordernissen. (Bisher: Jede Regierung eines Staats benennt eine\*n Kommissar\*in, der\*die Kommissionspräsident\*in verteilt die Ressorts.)

#### **4.6. Staatenvertretung**

385 Die Staatenvertretung bildet eine zweite Kammer, die dem Parlament, außer bei der Wahl der Regierung, gleichberechtigt ist. Sie ersetzt den Ministerrat. Die **Staatenkammer** entscheidet nach Mehrheitsprinzip (bisher: noch nicht über Steuern, Soziales, Außenangelegenheiten und Sicherheit).

390 Die Staaten entscheiden selbst, wie sie ihre Vertreter\*innen in die Staatenkammer bestimmen. Langfristig könnten die Vertreter\*innen der Staaten statt von Regierungen entsandt zu werden auch direkt **durch die Bürger\*innen** gewählt werden.

#### **4.7. Rechtsprechung / Gerichtsbarkeit**

395 Herrschaft des\*r Stärkeren oder der Willkür gilt es mittels der **Herrschaft des Rechts** zu verhindern. Rechtsstaatlichkeit muss garantiert werden. Über die Wahrung der Rechte der Bürger\*innen wacht der **Oberste Gerichtshof** der Vereinigten Staaten von Europa, dem auch die rechtliche Kontrolle des Europäischen Parlaments und der Europäischen Regierung obliegt. Er ist Hüter der Verfassung und garantiert die dort verbrieften Rechte jedes Einzelnen.

## 5. Politik der Vereinigten Staaten von Europa

### 400 5.1. Bildung und Ausbildung

Bildung ist die Grundlage für **Chancengleichheit** und die **Teilhabe am sozialen und politischen Leben** einer Gesellschaft, von der Kinderkrippe an ein Leben lang. Die Union und ihre Mitgliedstaaten garantieren, dass ihre Staaten, Regionen und Kommunen dafür Sorge tragen, dass die jungen Generationen gute Bildungschancen erhalten. Eine zentrale Aufgabe der Union ist es, Bildungsmobilität zu ermöglichen, zum Beispiel durch Austauschprogramme und die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, unabhängig davon, wo diese erworben wurden.

405 Uns ist wichtig, dass das bildungspolitische Handeln der Union und ihrer Mitgliedstaaten sich nicht nur auf die formale Bildung konzentriert, da die **nonformale Bildung** eine wichtige Funktion erfüllt. Fähigkeiten, die im Bereich der nonformalen Bildung erworben werden, müssen deshalb breiter anerkannt werden.

### 410 5.2. Wirtschaft und Währung

Der **Binnenmarkt** war Ausgangspunkt und ist weiterhin Motor der europäischen Einigung. Der Euro als **gemeinsame Währung** ist nicht nur Symbol der Einigung. Er ist auch logische Fortsetzung des Binnenmarktes.

415 Die Einführung des Euros hat den Binnenmarkt stärker vernetzt. Die Hoffnung, die gemeinsame Währung würde auch die politische Integration der Union weiter vorantreiben, hat sich jedoch nicht erfüllt hat. Im Gegenteil: Das Fehlen einer die Währungsunion ergänzenden politischen Komponente hat zu starken wirtschaftlichen Divergenzen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten geführt. Diese können nur durch eine stärkere politische Integration abgebaut werden, die gemeinsame ausgleichende und gestaltende Maßnahmen ermöglicht. Schon deshalb können nur die Vereinigten Staaten von Europa durch gemeinsames Handeln die Möglichkeit zu freier Entfaltung und Wohlstand für alle Bürger\*innen erreichen. Dafür setzt die Union den Staaten einen verbindlichen Rahmen in der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik und erhält erhebliche eigene Mittel. Die verstärkte Zusammenarbeit der Eurostaaten in diesen Fragen sichert die Stabilität ihrer kerneuropäischen Gemeinschaft, solange noch nicht alle Mitgliedstaaten den Euro als Währung eingeführt haben. Dabei sind die Unionsinstitutionen aber eng einzubinden und das Unionsinteresse immer vorrangig.

420 Die Vereinigten Staaten von Europa können als größte Volkswirtschaft der Erde ihre Größe einsetzen, um faire Regeln für den globalen Wettbewerb, die nachhaltige Ressourcennutzung, den Schutz der Verbraucher, stabiles Geld und die Regulierung der Finanzmärkte als Dienstleister für Haushalte und Unternehmen durchzusetzen.

425 Demokratische Entscheidungen auf der europäischen Ebene, die Märkten wirksam Regeln setzen können, sind für die JEF die beste demokratische Alternative zu Nationalstaaten, die nur noch scheinbar Gestaltungsmacht besitzen.

### 5.3. Haushalt und Steuern

Die Vereinigten Staaten von Europa erfüllen ihre Aufgaben aus den Einnahmen eigener **Steuern**. Die Union setzt dem Wettbewerbsföderalismus der Staaten faire Grenzen, um  
440 durch solide Haushaltspolitik und solidarisches Füreinander die Voraussetzung für  
gemeinsamen Wohlstand zu schaffen.

Entscheidungen über Steuern und Haushalte gehören zum Kern demokratischer und  
meist umstrittener Entscheidungen. Deshalb müssen sie direkt den Bürgern\*innen  
verantwortlichen Parlamenten vorbehalten bleiben und dürfen nicht durch  
445 Abmachungen von Regierungen untereinander (intergouvernemental)  
vorweggenommen werden.

Gerade eine solide Haushaltsführung ist unabdingbar für eine gemeinsame Zukunft.  
Durch eine zu stark divergierende Entwicklung in den einzelnen Mitgliedstaaten wird  
der europäische Integrationsprozess gefährdet. Die JEF setzen sich daher für einen  
450 verbindlichen Mechanismus zum gemeinschaftlichen Schuldenabbau ein.

### 5.4. Arbeit und Soziales

Die Bürger\*innen vertrauen den Vereinigten Staaten von Europa nur dann, wenn sie  
das solidarische europäische Gesellschafts- und Sozialmodell für alle Realität werden  
lassen. Deshalb ist eine langsame aber stetige Annäherung der Lebensverhältnisse  
455 notwendige Bedingung für ihre Einigung und ihren Bestand. Damit wirtschaftlich  
schwächere Staaten dem Ziel ähnlicher Lebensverhältnisse auf hohem Niveau näher  
kommen, müssen sie von wirtschaftlich stärkeren Staaten unterstützt werden. Die Union  
gleicht dafür, dort wo notwendig, schrittweise die bisher sehr unterschiedliche  
Sozialpolitik immer weiter an.

Ebenso wie die europäische Einigung den Frieden unter den Staaten gesichert hat,  
sichern die Vereinigten Staaten von Europa den sozialen Frieden unter ihren  
Bürgern\*innen im Kampf gegen Armut und Arbeitslosigkeit. Dafür entwickelt die Union  
verbindliche Mindeststandards für die Sozialpolitik der Staaten und baut die bisherigen  
Struktur- und Kohäsionsfonds aus.

### 465 5.5. Energie- und Umweltpolitik

Umweltpolitik gehört zu den Politikfeldern, die am stärksten der Regulation auf  
supranationaler Ebene bedürfen. Dies gilt in besonderer Weise für den Klimaschutz und  
zunehmend auch für die Energiepolitik. Diese Politikfelder gehören in die Kompetenz  
der Union.

### 470 5.6. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Friedenssicherung im Inneren ist wohl der größte Erfolg der Europäischen  
Integration. Indem sich ehemals verfeindete Staaten in einem supranationalen Gebilde  
zusammenschlossen, lösten sie das Recht des Stärkeren durch die Stärke des Rechts  
ab. Es ist dieser einzigartige Weg, der in der Welt Anerkennung findet. Eine

475 gemeinsame europäische Außenpolitik sollte das Ziel einer gerechten weltföderalistischen Ordnung zur Grundlage ihres Handelns machen, da globaler Frieden auf diese Weise am ehesten gesichert werden kann.

Zurzeit verhindert der intergouvernementale Charakter der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) durch das Einstimmigkeitsprinzip zügige Entscheidungen. Das  
480 Gewicht einzelner Mitgliedstaaten ist zu gering, als dass sie auf globaler Ebene mit großen Mächten, wie z.B. USA, China oder Russland, auf Augenhöhe agieren könnten. Nur durch eine vergemeinschaftete Außen- und Sicherheitspolitik in der ausschließlichen Kompetenz der Union können europäische Staaten schnell und effektiv auf Herausforderungen reagieren. Dazu gehört auch ein gemeinsamer Sitz im  
485 UN-Sicherheitsrat. Die gemeinsame Sicherheitspolitik muss dabei außenpolitischen Strategien und Entscheidungen folgen.

Es bedarf auch der notwendigen Kapazitäten. Wir fordern deshalb europäische statt nationaler Streitkräfte; zivile Instrumente müssen auch weiterhin die Sicherheitspolitik der Union auszeichnen. Eine demokratische Kontrolle dieser, unter Beachtung der  
490 Grundwerte, insbesondere die Unantastbarkeit der Würde des Menschen, der Union durch das Europaparlament, ist sicherzustellen.

### 5.7. Nachbarschaftspolitik

Die Union besitzt an seinen Grenzen gemeinsame Interessen mit seinen Nachbarn; dies findet seit 2004 seinen Ausdruck durch die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP).  
495 Ziel der ENP muss es sein, einen „Ring von Freunden\*innen“ zu schaffen, indem in unterschiedlichen Politikfeldern kooperiert wird und sich Nachbarländer der Union annähern können, ohne dass zwangsläufig eine Beitrittsperspektive gegeben wird. Es ist im Interesse der Union, dass neben Stabilität, Sicherheit und Wohlstand auch Demokratie, Freiheit und Menschenrechte in den Nachbarländern thematisiert werden.

500 Auf dieser Grundlage fordern wir, dass die ENP vorangetrieben und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet wird. Insbesondere die zivilgesellschaftliche Dimension der ENP muss gestärkt werden; so sind wir überzeugt, dass der Jugendaustausch einen entscheidenden Beitrag zur Verständigung zwischen den Bürgern\*innen Europas und jenen seiner Nachbarstaaten leisten kann.

### 505 5.8. Asyl und Migration

Die Vereinigten Staaten von Europa brauchen eine gemeinschaftliche Asyl- und Migrationspolitik.

Im Bereich der **Asylpolitik** sind die Grundwerte der Union, insbesondere die Unantastbarkeit der Würde des Menschen sowie internationale Abkommen, zu  
510 beachten. Auf dieser Basis gewährt die Union Asyl. Die Asylpolitik wird umfassend vergemeinschaftet. Es wird eine Asylbehörde auf Ebene des Bundesstaats eingerichtet, die solidarisch und vor allem europaweit über Asylanträge entscheidet.

515 **Migrationspolitik** unterscheidet sich grundsätzlich von Asylpolitik dadurch, dass hier von nicht erzwungener Migration ausgegangen wird. Die europäische Migrationspolitik sollte sich deshalb an den Interessen der Union orientieren. Das bedeutet, dass die Migration von Fachkräften, deren Nachfrage durch den europäischen Arbeitsmarkt nicht ausreichend gedeckt werden kann, und ihren Familien gefördert und die Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen erleichtert werden muss.

## 520 **6. Zivilgesellschaft**

### **6.1. In Vielfalt geeint – oder was die EU zusammenhält**

Die europäische Integration und die Bewahrung der **kulturellen Vielfalt** stehen in keinem Widerspruch zueinander. Wir fordern politische Lösungen für gemeinschaftliche politische Probleme. Die Nivellierung kultureller Unterschiede ist nicht unser Ziel.

525 Gleichwohl müssen wir uns als Europäer\*innen die Frage stellen, was uns jenseits des gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Systems zusammenhält. Es stellt sich die Frage, wie es gelingen kann, aus einem Nebeneinander ein Miteinander zu machen.

Europa braucht, davon sind wir fest überzeugt, eine **europäische Öffentlichkeit**. Um diese zu schaffen, braucht es im politischen Raum klarere politische Botschaften. Wir brauchen eine stärkere Polarisierung in politischen Debatten. Diese müssen sich in der Zukunft weniger um die Frage drehen, welche Interessen welchen Staates gegen die Interessen welchen anderen Staates stehen. Es bedarf unterschiedlicher Politikentwürfe, die dem\*der Bürger\*in klar kommuniziert werden müssen. Das Europäische Parlament und auch die Europäische Regierung müssen stärker politisiert werden. Außerdem brauchen wir gemeinsame europäische *Leitmedien*.

Die Union ist ein sehr komplexes politisches Gebilde, dessen Funktionsweise sich leider nicht leicht erschließt. Deshalb ist die EU für die **politische Bildung** eine Herausforderung. Aus diesem Grund ist für uns die Beschäftigung mit europäischen und insbesondere auch europapolitischen Themen im Schulsystem dringend geboten. Europa muss verbindlicher Bestandteil der Curricula aller allgemeinbildenden Schulen sein!

### **6.2. Bürgerschaftliches Engagement**

Die JEF setzt sich für ehrenamtliches zivilgesellschaftliches und politisches Engagement ein, da dieses *notwendige Voraussetzung für lebendige und demokratische Gesellschaften* ist und der allgemeinen Wohlfahrt und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient.

Sich ehrenamtlich zu engagieren, ist unser Anspruch an uns selbst, aber auch an andere junge Menschen. Um Engagement zu ermöglichen, bedarf es allerdings gewisser Voraussetzungen. Es ist Aufgabe der Union bzw. der Mitgliedstaaten diese bereitzustellen und zu sichern. Hierzu gehört auch die Angleichung der nationalen

Vereinsrechte zur **Ermöglichung transnationaler Verbandsstrukturen** und die **finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen**.

555 Die Forderung nach stärkerem ehrenamtlichen Engagement darf nicht dazu führen, dass notwendige Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht mehr ausreichend finanziert werden oder der Staat sich aus seiner sozialen Verantwortung zurückzieht.

### 6.3. Sprache

Der Grundsatz, dass jede Amtssprache eines Mitgliedsstaats auch Amtssprache der Union ist und jede\*r Bürger\*in sich in jeder Amtssprache an die europäischen Organe wenden kann, muss auch in Zukunft beibehalten werden.

560 Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass es einer **Verkehrssprache** bedarf. Ohne Verkehrssprache wird es immer Europäer\*innen geben, die mit anderen Unionsbürgern\*innen nicht in einen Dialog treten können und für die eine gegenseitige Verständigung nicht möglich ist. Wir sind überzeugt, dass die *englische Sprache*, die sich zunehmend auch als globale Verkehrssprache herausbildet, diese Funktion  
565 übernehmen kann. Wir fordern deshalb, dass jede\*r Unionsbürger\*in bereits ab der Grundschule englischsprachigen Unterricht erhält, unabhängig davon welche Schulform er oder sie besucht, damit sich Menschen aller Bildungshintergründe in Europa untereinander verständigen können. Das politische Ziel muss sein, dass jeder die Verkehrssprache fließend beherrscht.

570 Die **Sprachen- und Kulturreichhaltigkeit** der Union gilt es zu bewahren. Es ist deshalb wünschenswert, wenn jede\*r Unionsbürger\*in neben seiner Muttersprache und der (europäischen) Verkehrssprache weitere Fremdsprachen erlernt. Gerade der Unterricht der jeweiligen Regional- und Minderheitensprachen muss gestärkt werden, um diese Vielfalt nicht zu gefährden. Als Grundlage für ein engeres Zusammenwachsen an  
575 Sprachgrenzen sollte daneben das Erlernen unmittelbarer Nachbarsprachen besondere Förderung erfahren.

## 7. Föderalismus und Europa in der Welt

### 7.1. Erweiterung

580 Supranationale Integration dient im Wesentlichen dazu, Probleme zu lösen, die auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind. Sie erlaubt es, in einer zunehmend globalisierten Welt, Handlungsspielräume wiederzugewinnen.

Bei der Entscheidung über die Frage, wo die Grenzen der europäischen Integration liegen, müssen Kriterien wie die europäischen Werte und eine gefestigte demokratische Kultur eines Staates und nicht zuletzt auch die Funktionsfähigkeit des  
585 politischen Systems der Union eine Rolle spielen.

Die Funktionsfähigkeit des politischen Systems ist spätestens seit der großen Osterweiterung der Union zunehmend Gegenstand politischer Kontroversen. Es zeichnet sich heute immer mehr ab, dass eine weitere Vertiefung der Union zunehmend

590 schwerer realisiert werden kann, wenn die ohnehin schon große Zahl der Mitgliedstaaten weiter anwächst, ohne dass gleichzeitig das Einstimmigkeitsprinzip bei Vertragsänderungen entfällt.

Obwohl wir grundsätzlich eine Erweiterung der EU begrüßen, sind wir davon überzeugt, dass wir uns dringend weitreichende Gedanken zur Verfasstheit der Union machen müssen, bevor wir weitere Staaten aufnehmen. Grundbedingung für den Beitritt eines Landes zur EU ist für uns die strikte Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sowie der in den Verträgen genannten Beitrittsvoraussetzungen. Kultur und Religion hingegen dürfen unserer Auffassung nach nicht zu zusätzlichen Hürden gemacht werden.

600 Für uns steht auch fest, dass die EU nicht Ausgangspunkt einer Weltunion sein soll, sondern prototypischen Charakter für weitere regionale Staatenbünde, Staatenverbände oder Bundesstaaten haben sollte. Die Grenzen der Union werden sich spätestens ab dem Zeitpunkt, an dem die Außengrenzen der EU gleichzeitig die Außengrenzen des nächsten supranationalen Staatengebildes markieren, nur noch wenig ändern. Die Union sollte, dort wo möglich, die Herausbildung weiterer regionaler Integrationsprojekte unterstützen.

## 605 7.2. Weltföderalismus

Wohlverstandener Föderalismus ist ein sinnvolles politisches Ordnungssystem auf allen politischen Ebenen. Die Jungen Europäischen Föderalisten bekennen sich deshalb seit Ihrer Gründung klar zum Weltföderalismus. Auf der globalen Ebene bedarf es allerdings ständiger und strengster Kontrolle, ob das Prinzip der Subsidiarität nicht verletzt wird. Nur die wichtigsten globalen Probleme bedürfen globaler Lösungen. Hierzu gehören insbesondere Fragen der Friedenspolitik, des Umweltschutzes oder notwendige globale Spielregeln für die Wirtschaft und Finanzmärkte.

615 Die Globalisierung politisch zu gestalten muss zentrales europäisches Projekt werden! Anderen Kulturen und deren Werten respektvoll und auf Augenhöhe zu begegnen, ist für die JEF ausdrücklicher Bestandteil einer weltföderalistischen Grundordnung.

## 7.3. Demokratisierung

620 Die Institutionen, in denen die drängendsten *globalen Probleme* behandelt werden, müssen schnellstmöglich demokratisiert werden. Das Dickicht aus internationalen Organisationen sowie willkürliche Gipfelzusammenschlüsse wie die G8 oder G20, in denen nationalstaatliche Regierungen als handelnde Akteure eine häufig sehr intransparente Politik machen, muss durch ein demokratischeres und transparenteres System ersetzt werden. Als ersten Schritt fordern wir die Etablierung einer parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen.

625 Es gilt, das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen unter allen Umständen zu wahren. Der **Weltsicherheitsrat** bedarf allerdings dringend der Reform. Das bestehende Vetorecht einzelner Staaten muss entfallen und die Vertretung fairer gestaltet werden. Als Modell bietet sich eine Sitzverteilung an, die sich an Kontinenten und

Bevölkerungszahlen orientiert. Europa soll dort mit einer Stimme sprechen. Die nationalen Sitze europäischer Staaten entfallen.

- 630 Langfristig streben wir deshalb supranationale Institutionen wie ein **Weltparlament** an, das diese Aufgaben übernehmen kann. Es ist unstrittig, dass föderative Strukturen im globalen Maßstab nicht die gleichen Formen wie auf lokaler Ebene annehmen können.

#### 7.4. Rechtsstaatlichkeit

- 635 Mit einem demokratisch legitimierten Parlament auf globaler Ebene ist es nicht getan. Auch auf globaler Ebene muss die Herrschaft des Rechts sichergestellt werden und judikative Organe geschaffen werden. Es muss möglich sein, auf Verbrechen angemessen zu reagieren, auch ohne, dass im Sicherheitsrat (wie bisher häufig geschehen) willkürliche interessengeleitete politische Einzelfallentscheidungen getroffen werden.

- 640 Eine positive Entwicklung ist die Errichtung des Internationalen Strafgerichtshofs. Gleichwohl sind seine Kompetenzen noch zu begrenzt. Wir fordern seine universelle Zuständigkeit und Anerkennung durch alle Staaten.

- 645 Es bedarf der (Weiter)Entwicklung und Anerkennung von Normen wie der *Responsibility to Protect*, der Schutzverantwortung einzelner Staaten gegenüber seinen\*r Bürgern\*innen. Sind diese nicht willens oder fähig, systematische und massenhafte Menschenrechtsverletzungen zu sanktionieren, hat die Staatengemeinschaft tätig zu werden und einzugreifen, um perspektivisch allen Menschen die Grundlage für ein würdiges Leben zu ermöglichen.